

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	188
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	449/2021
		GZ:	T
Sitzungstermin:	22.06.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Mutz (TiefbA)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen im gesamten Stadtgebiet		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Technischen Referats vom 07.06.2021, GRDRs 449/2021. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Herr Mutz (TiefbA) berichtet im Sinne der Präsentation. Er verweist zunächst auf die gesetzliche Vorgabe zum barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen. Von 822 möglichen Haltekanten seien bislang leider nur 376 umgebaut worden, womit man noch unter 50 Prozent liege. Mit den momentan zur Verfügung stehenden Mitteln (Folie 3) könne das Ziel erst in 2040 erreicht werden, was deutlich über der gesetzlichen Vorgabe liege. Daher werde vorgeschlagen, die Mittel ungefähr zu verdoppeln, um den Umbau bis 2030 abzuschließen. Neben finanziellen Mitteln werde auch zusätzliches Personal (1 Ingenieursstelle, ½ Stelle für Abrechnung der Zuschüsse) für eine deutliche Steigerung benötigt. Abschließend zeigt er Beispiele von bereits abgeschlossenen Umbauten und erklärt, dass neben dem barrierefreien Umbau gleichzeitig der Straßenbelag saniert werde. Zu Beginn seien bevorzugt stark frequentierte Haltestellen der Innenstadtlinien umgebaut worden, um möglichst viele Fahrgäste profitieren zu lassen. Nun folgte der

Ausbau in der Fläche an weniger frequentierten Haltestellen, der in der Regel schneller umzusetzen sei.

Für StR Peterhoff (90/GRÜNE) ist es wichtig, Informationen über den aktuellen Stand zu erhalten. Angesichts des Umsetzungsgrades von 45 Prozent müsse mehr Tempo in den Umbau gebracht werden. Erst in den vergangenen beiden Haushalten seien die Mittel deutlich erhöht worden. Er signalisiert absolute Zustimmung zur Verdoppelung der Mittel, um schneller die Vorgaben zu erfüllen.

Klare Unterstützung für den Verwaltungsvorschlag teilt StR Sauer (CDU) mit. Er erwarte seitens der Verwaltung für die Haushaltsplanberatungen in der Grünen Liste eine Verdoppelung des Ansatzes auf 2,5 Mio. Euro ab 2022 sowie den Ausbau der Stellenanteile für diese Aufgabe von bisher 0,5 auf insgesamt 2,0 Stellen. Dies dürfe keine Aufgabe der Fraktionen sein. Seine Fraktion habe bereits einen entsprechenden Antrag bei der Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans gestellt. Nun müsse eine Punktladung durch die Verwaltung erfolgen. Trotz gesetzlicher Vorgabe stelle diese Thematik kein Ruhmesblatt für Stuttgart dar; dem müsse nun entschieden gegengesteuert werden, um den Umbau bis 2030 abzuschließen.

Die Kommune steht für StR Ozasek (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) in der Bringschuld. Ein Zielhorizont von 2040 sei aus seiner Sicht völlig inakzeptabel. Der Pflicht nach einer assistenzfreien Nutzbarkeit des ÖPNV müsse nachgekommen und die finanziellen Mittel weiter angehoben werden. Ergänzend erinnert er an das im letzten Doppelaushalt aufgelegte Sonderprogramm für barrierefreie Stadtbahnhaltepunkte. Am Bopser werde demnächst eine entsprechende Lösung zur Verfügung gestellt, auch wenn dies mit Erschwernissen für Anwohner*innen verbunden sei. Dies sei ein richtiger und wichtiger Schritt, den er ganz klar unterstütze. Des Weiteren habe der Gemeinderat Rampenlösungen für schwere E-Rollis auf den Weg gebracht; im Sommer werde es an sechs Haltestellen Lösungen für einen niveaugleichen Einstieg geben. Den Vorschlag für die Anmeldeleiste zum nächsten Doppelhaushalt unterstütze seine Fraktion vollumfänglich, um das Ziel 2030 zu erreichen. Er verweist auf die kleine Fortschreibung des Nahverkehrsplans, wonach die Kriterien für Barrierefreiheit an den Haltestellen und -punkten der SSB nochmals neu definiert werden sollen. Dieser Arbeitsauftrag sei noch nicht erledigt worden. Bisher gebe es lediglich den Kombihood und taktile Elemente, es sei jedoch mehr möglich, was zum Beispiel Orientierungshilfen, das Wegeleitsystem oder akustische Echtzeitinformation betreffe. Für sehbehinderte und gehörlose Menschen stelle dies erhebliche Verbesserungen dar. Er schlägt vor, diese Kriterien in einer Schwerpunktsitzung des Unterausschusses Mobilität oder des Beirates für Menschen mit Behinderungen klarer abzufassen.

Um den Umbau bis 2030 zu schaffen, bittet StR Körner (SPD) die Verwaltung um einen entsprechenden Vorschlag für den Finanz- und Stellenbedarf innerhalb der Grünen Liste.

Deutliche Kritik am schleppenden Umbau formuliert StR Serwani (FDP). Es könne von einem Skandal gesprochen werden, wenn der Abschluss erst 2040 erfolge. Er schließt sich den Äußerungen seiner Vorredner an, wonach der Umbau bis 2030 umgesetzt werden müsse. Personal- und Fördermittel müssten über die Grüne Liste bereitgestellt werden.

Für eine wohlwollende Behandlung in den Haushaltsplanberatungen spricht sich StR Schrade (FW) aus.

StR Goller (AfD) gibt zu bedenken, dass auch in Stuttgart jeder Euro nur einmal ausgegeben werden könne. Er plädiert für eine Priorisierung von Projekten innerhalb einer Gesamtplanung.

StRin Königeter (PULS) stellt die Frage nach Konsequenzen bei Nichterfüllung der gesetzlichen Vorgaben. Eventuell gebe es Chancen, noch schneller voranzukommen.

Herr Mutz erklärt, es seien keine Strafzahlungen zu erwarten. Mit dem Vorschlag wolle die Verwaltung keine übertriebenen Erwartungen schüren. Einmal Versäumtes könne nicht mit noch mehr Geld und Personal aufgeholt werden, zumal auch die schiere Anzahl an Baustellen begrenzt sei. Es gebe viele Randbedingungen und Abhängigkeiten zu anderen Maßnahmen wie die Erneuerung von Leitungen, die zu beachten seien. Die Verdoppelung der Schlagzahl halte er für ein ambitioniertes Vorhaben.

BM Thürnau nimmt den dringenden Wunsch des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik nach Verdoppelung der finanziellen Mittel und Ausbau der Stellen mit, um die Maßnahmen bis 2030 umzusetzen. Auch die Aufnahme in die Grüne Liste werde er entsprechend kommunizieren. Den von StR Ozasek vorgebrachten Vorschlag zu einer Sondersitzung werde er mit der SSB und der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung beraten.

Abschließend stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von der GRDRs 449/2021 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Tiefbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. Referat SI
SI-BB
 5. GPR (2)
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS